

Beantwortung der Wahlprüfsteine des Bundesverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V., Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern, zur Landtagswahl 2021 in Mecklenburg-Vorpommern

Gute Gesunde Schule

Frage:

Was werden Sie für eine gute Unterstützung des Systems Schule durch Schulpsychologinnen tun? Wie werden insbesondere benachteiligte Kinder und Jugendliche in Ihre Maßnahmen oder Vorschläge einbezogen?

Antwort:

Bildung ist eine entscheidende Grundlage, den vielfältigen Herausforderungen zu begegnen. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung, um das eigene Leben in die Hand zu nehmen. Wenn wir wollen, dass junge Menschen ihre Ziele und Träume verwirklichen, sie hier Familien gründen und ihren beruflichen Weg gehen, so braucht es eine „Klasse Bildung!“ von Anfang an. Dabei soll der Grundsatz gelten: Nicht das Kind muss in die Schule passen, sondern die Schule muss für das Kind passend gemacht werden.

All diese Ansprüche folgen dem Gedanken einer inklusiven Bildung, einer die niemanden ausgrenzt, niemanden benachteiligt und in der es Barrieren jedweder Art nicht gibt. Einem solchen Ideal gilt es, systematisch zu entsprechen. Diesen Prozess haben wir LINKEN, gemeinsam mit SPD und CDU bereits 2016 als Inklusionsstrategie beschrieben. Sie ist für uns handlungsleitend. Wir drängen mit Nachdruck und allen uns zur Verfügung stehenden parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln auf ihre Umsetzung.

Aus Sicht der LINKEN Mecklenburg-Vorpommern muss die wichtige und zunehmend anspruchsvollere Arbeit der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen durch politische Entscheidungen unterstützt und gestärkt werden. Dabei ist zunächst festzustellen, dass es wesentlich mehr Schulpsychologinnen und Schulpsychologen braucht. Um zumindest langfristig eine Verbesserung der Fachkräftesituation zu erreichen, wollen wir eine Erhöhung der Zahl der Studienplätze. Unser langfristiges Ziel ist es, die Arbeit der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen vergleichbar der Arbeit der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter zu verstetigen.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, als Expertinnen und Experten in eigener Sache, ist uns ein seit jeher sehr wichtig. Wir haben uns im Landtag, nachdem es bereits eine Enquetekommission „Älter werden in M-V“ gab, für die Einrichtung einer Enquetekommission engagiert, die sich mit der Lebenssituation von Kindern und Heranwachsenden befasst.

Eine solche scheiterte am Unwillen der Koalitionsfraktionen von SPD und CDU. Es gelang aber zumindest im Sozialausschuss des Landtages eine Anhörungsreihe „Jung sein in MV“ zu etablieren, in der 10 Jugendliche und 11 Abgeordnete zu einer Bandbreite relevanter Themen, wie z.B. „Übergang Schule-Beruf“, „Mobilität“, „Kinder- und Jugendbeteiligung“ oder „Digitalisierung“ sowie „Armut“ diskutiert und Handlungsempfehlungen unterbreitet haben. An der Erweiterung von Beteiligungsrechten von Kindern und Jugendlichen, etwa der Herabsetzung des Wahlalters zu den Wahlen zum Landtag von 18 auf 16 Jahren, um nur einen Aspekt zu nennen, bleibt DIE LINKE M-V unbeirrt „am Ball“.

Benachteiligungen, welche Sie in ihrem Fragenkomplex ansprechen, entstehen auch aufgrund von Armut. Ihr sagen wir entschieden den Kampf an! Weil Kinderarmut aus Elternarmut herrührt, bedarf es gesicherter Arbeit mit existenzsichernden Einkommen, also zuvorderst eines Mindestlohns ab 13 Euro, eines höheren Vergabemindestlohns und mehr denn je Tarifbindungen. Benötigt werden weiterhin eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung und eine Kinderkarte mit einem geldwerten Betrag von 50 Euro im Monat, um den gleichen Zugang zu Bildung, Kultur und Sport zu gewährleisten. Auch hierfür stehen unsere Wahlaussagen.

Im Übrigen braucht es für die Verwirklichung des Anspruchs „Gute, gesunde Schule“ eines ganzen Bündels von Maßnahmen, dem wir uns mit dem Thema „Bildung – Klasse Schulen, Klasse Unterricht, Klasse Lehrkräfte“ als prioritären Wahlkampfsschwerpunkt stellen. Hierzu gehören unter anderem die Einstellung von 1.000 zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern, ein Schulbauprogramm und bessere Lernbedingungen in kleineren Klassen.

Zusammenhalt

Frage:

Welche Maßnahmen zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Verringerung von Ungleichheiten beispielweise bei Gesundheits- und Bildungschancen oder im Bereich Inklusion planen Sie?

Antwort:

Eine solidarische Gesellschaft ist die Voraussetzung dafür, dass wir die gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft überhaupt meistern können. Für die Ausprägung gesellschaftlichen Zusammenhalts bedarf es mehrerer Voraussetzungen.

Zu nennen ist in diesem Zusammenhang die Vermittlung von humanistischen Werten. Neben dem, was diesbezüglich im familiären und jeweils persönlichen Umfeld geschieht, stellt sich hier ein Bezug zu den in der vorherigen Antwort erwähnten Ansprüchen und Vorhaben aus Sicht der Linken her, wenn von inklusiver Bildung die Rede ist.

Zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts gehört auch die Stärkung der demokratischen Mitwirkung, sei es durch ehrenamtliches Engagement, sei es durch die Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen oder in Projekten und Initiativen, die das solidarische Miteinander festigen. DIE LINKE M-V unterstützt die Arbeit in Vereinen, Verbänden und Initiativen auf parlamentarischem wie außerparlamentarischem Wege.

Ungleichheiten und soziale Ungerechtigkeiten zerstören den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gerade weil sie systemisch bedingt sind, muss ihnen gezielt entgegengewirkt werden. Das betrifft alle Erscheinungen von Armut und Ausgrenzung. Ihnen entgegenzuwirken verlangt eine solidarische Steuerreform ebenso wie eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung und die Einführung armutsfester Entlohnungen sowie Renten, die vor Armut schützen und den Lebensstandard erhalten. Für all dies setzt sich DIE LINKE M-V auf Bundes- wie auf Landesebene ein.

Ungleichheiten im Gesundheitsbereich etwa ergeben sich aus unserer Sicht allein dadurch, dass sich Menschen mit einem verhältnismäßig hohen Einkommen, der Solidargemeinschaft entziehen können. Wir plädieren für eine Gesundheitsversicherung, in die alle und mit allen Einkünften einzahlen. Dies würde die Finanzgrundlagen der Gesundheitsversicherung stärken und es darüber hinaus ermöglichen, dass sich die Beitragsquote für eine solche gesetzliche Gesundheitsversicherung für die übergroße Mehrheit der Versicherten absenken ließe. Es ist doch absurd, dass sich hier wie in anderen Bereichen der Gesellschaft die Interessen einer vermögenden Minderheit gegen die Interessen des Großteils der Bevölkerung durchsetzen. Das muss sich ändern! Die Verhältnisse müssen vom Kopf wieder auf die Füße gestellt werden!

Im Bereich der Inklusion sieht es nicht anders aus. Der jüngst durchgeführte 2. Tag der Menschen mit Behinderungen in M-V am 28. Mai 2021 hat erneut darauf hingewiesen, dass viel über den Abbau von Barrieren (gemeint sind nicht allein bauliche Barrieren) gesprochen wird, der Prozess hierzu jedoch äußerst schleppend verläuft.

DIE LINKE M-V teilt die Forderungen des Tages der Menschen mit Behinderungen, so wie sie zu den Themenbereichen „Barrierefreies Bauen, Wohnen und barrierefreie Mobilität“, „Barrierefreies Gesundheitswesen“, „Barrierefreie Bildung“ und „Politische Partizipation“ formuliert wurden. Die Ergebnisse des Tages der Menschen mit Behinderungen wurden in einem Leitantrag zusammengestellt. Er ist unter <https://www.landtag-mv.de/landtag/ausschuesse/ausschuesse/sozialausschuss> einsehbar.

Verschiedene nationale wie internationale Studien belegen, dass in Deutschland wie in kaum einem anderen Land die Bildungschancen vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Ein Zustand der sich dringend ändern muss und ändern kann. Dem dienen unsere in der vorherigen Antwort beschriebenen Vorschläge zur Armutsbekämpfung und Armutsvermeidung sowie zur inklusiven Bildung.

Transformation

Frage:

Digitalisierung und Klimawandel erfordern massive Veränderungen, die eine psychische und soziale Anpassungsleistung bei jedem einzelnen notwendig machen.

Wo planen Sie in den Wandlungsprozessen größere Beiträge der Psychologie ein?

Antwort:

Bekanntermaßen ist Psychologie eine die Bereiche der Naturwissenschaften, der Sozialwissenschaften und der Geisteswissenschaften übergreifende Wissenschaft. Grundgesetzlich sind neben der Kunst die Wissenschaften ebenso wie Forschung und Lehre frei. Insofern planen wir nicht die Beiträge der Psychologie. Gleichwohl sieht DIE LINKE M-V ihre politische Verantwortung darin, die für die Verwirklichung des Grundrechts nach Artikel 3 des Grundgesetzes notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Dies beinhaltet mit Blick auf die Hochschulen, zunächst deren auskömmliche Finanzierung. Wir sprechen uns für eine pluralistische Bildungs- und Forschungslandschaft und für ausreichend Master-Studienplätze aus. Wir haben ein Interesse daran, dass neben dem Bachelor-Studium für medizinische Psychologie in Greifswald perspektivisch auch das Master-Studium ermöglicht wird. Dort, wo Bachelor-Studienabschlüsse erlangt werden können, soll es auch die Möglichkeit des Master-Abschlusses geben. Unsere Intentionen korrespondieren mit der Petition „Wir haben Platzangst!“ aus dem vergangenen Jahr, die ebenfalls auf die Bereitstellung von zusätzlichen Master-Studienplätzen drängt.

Die durch den globalen Klimawandel und die Digitalisierung der Gesellschaft bewirkten Wandlungsprozesse müssen in allen strategischen und operativen politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.

Den weiteren digitalen Wandel gilt es mit einer Digitalisierungsstrategie des Landes „vorzudenken“. In ihm müssen eine Vielzahl an Einzelmaßnahmen gebündelt werden, so etwa eine Kinderschutz-App oder die Erweiterung der telenotärztlichen Versorgung, „ausgerollt“ auf das gesamte Land. Aus den besagten Einzelmaßnahmen muss ein verbindendes, interdisziplinäres Ganzes entstehen, das Grundlage dafür ist, dass Mecklenburg-Vorpommern im Spitzenfeld unterwegs ist, wenn es um die Anwendung digitaler Technologien geht. Bei all dem ist klar: Es braucht in Mecklenburg-Vorpommern eine leistungsfähige Breitbandversorgung. Aus Sicht der LINKEN muss der Glasfaserausbau bis zum Jahr 2025 abgeschlossen sein.

Schutz für Verbraucher:innen und Psycholog:innen

Frage:

Inwieweit werden Sie Gesundheitsförderung, Prävention und psychische Belastungen in weiteren Gesetzesvorhaben aufgreifen?

Welchen Stellenwert sehen Sie für die Berufe Psychologin/ Psychologe?

Wie wollen Sie diesen gesetzlich verankern?

Antwort:

Im Juni d. J. legte die Enquetekommission „Zukunft der medizinischen Versorgung in M-V“ ihre Handlungsempfehlungen vor. In insgesamt 21 Komplexen ist der vordringliche Handlungsbedarf definiert. Zur systematischen Umsetzung soll eine Regierungskommission eingesetzt werden. Im Zuge deren Wirkens, so unser Anspruch und unsere Erwartungshaltung, sollen rechtliche Regelungen novelliert werden.

Der Prävention und der Gesundheitsförderung ist in den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission ein prominenter Stellenwert eingeräumt. Hierfür sollen nicht nur rechtliche Regelungen, etwa Förderrichtlinien angepasst, sondern auch deutlich mehr Ressourcen bereitgestellt werden.

Die Berufe Psychologin bzw. Psychologe haben für uns einen hohen Stellenwert. Eine etwaige gesetzliche Verankerung bzw. die Ausformung den Beruf berührender rechtlicher Regelungen muss aus Gründen der für das Bundesgebiet geltenden Allgemeinverbindlichkeit über das Bundesrecht, also über den Deutschen Bundestag, erfolgen.

Gesund älter werden

Frage:

Die Belastungen im Arbeitsleben, insbesondere in der Pflege und der Gesundheitsversorgung, sind hoch. Welche Maßnahmen zum gesunden Arbeiten und gesunden Altern planen Sie?

Antwort:

Die Belastungen im Arbeitsleben, insbesondere die psychischen Belastungen, haben in den vergangenen Jahren stetig zugenommen. Dies betrifft auch in hohem Maß die Bereiche der Pflege und der Gesundheitsversorgung. Davon zeugen diverse Studien, die von verschiedenen Krankenkassen herausgegeben wurden, welche die gesundheitlichen Rahmenbedingungen in der Arbeitswelt näher beleuchten.

Die Landtagsfraktion der Partei DIE LINKE M-V hat in den vergangenen Jahren mehrfach das Thema Gesundheit im Arbeitsleben thematisiert, sei es durch das parlamentarische Instrument der „Kleinen Anfrage“ oder sei es durch Anträge im Plenum des Landtages. Stets haben wir dabei deutlich gemacht, dass einer guten betrieblichen Gesundheitsvorsorge besondere Bedeutung zukommt. Bereits im Unternehmen befindliche ältere Expertinnen und Experten möglichst lange zu halten und damit auch einen Wissenstransfer an die jüngeren Beschäftigten zu ermöglichen, ist ein wesentlicher Beitrag zur Fachkräftesicherung. Die kleinteilige Unternehmensstruktur im Land stellt dabei eine große Herausforderung dar. Wir wollen daher an die guten Erfahrungen mit der AG Netz anknüpfen, um auch Klein- und Kleinstbetriebe in die Lage zu versetzen, wirkungsvolle Maßnahmen für die dauerhafte Gesunderhaltung ihrer Beschäftigten zu treffen. Ein Präventionspreis M-V soll gute Beispiele bekannt machen und weitere Unternehmen dazu motivieren, sich gleichermaßen zu engagieren.

Um auf dem Gebiet der Gesundheit im Arbeitsleben voranzukommen, braucht es auch einer personellen Verstärkung des Landesamtes für Gesundheit und Soziales sowie der Gesundheitsämter auf kommunaler Ebene, um etwa auch die Kontrollen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu intensivieren. Mit den Kontrollen sollen vor allem auch Hinweise und Anregungen für eine gesündere Arbeitswelt verbunden sein.

Das Thema „gesund älter werden“ ist aber noch umfassender. Die Enquetekommission „Älter werden in M-V“ hat in der 6. Wahlperiode des Landtages hierzu hunderte Handlungsempfehlungen unterbreitet. DIE LINKE M-V drängt darauf, diese rasch und systematisch umzusetzen. Die gegenwärtige Landesregierung aus SPD und CDU hat – völlig unambitioniert – in der Wahlperiode zwischen 2016 und 2021 nicht einmal 10 Prozent der vorliegenden Handlungsempfehlungen dieser Enquetekommission in Angriff genommen.

Psychotherapieausbildung

Frage:

Welche Änderungen planen Sie, um die weiter bestehenden prekären Situationen in der Psychotherapieausbildung aufzulösen?

Weitere Informationen erhalten Sie dazu beim VPP im BDP.

Antwort:

Die Psychotherapieausbildung muss verbessert werden. Wir teilen diesbezüglich die uns hierzu bekannten Auffassungen des Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V., insbesondere die Positionspapiere aus Dezember 2020 und März 2021.

Versorgung psychischer Erkrankungen

Frage:

Welche Maßnahmen streben Sie an, um eine gute und sektorenübergreifende psychotherapeutische Versorgung ohne lange Wartezeiten zu erreichen?

Wie würden vorbeugend sensible Daten im Rahmen der Digitalisierung des Gesundheitswesens geschützt werden? Stichwort: elektronische Gesundheitsakte.

Antwort:

Mit einer sektorenübergreifenden Neustrukturierung der Versorgungslandschaft, so wie wir sie mit den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Zukunft der medizinischen Versorgung in M-V“ beschrieben haben, verbinden wir die Erwartung, dass hierdurch zugleich eine gute und sektorenübergreifende psychotherapeutische Versorgung gelingt.

Sie können diesbezüglich unsere Vorhaben unter https://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/dokument/50688/abschlussbericht_der_enquete_kommission_zukunft_der_medizinischen_versorgung_in_mecklenburg_vorpommern.pdf nachlesen. In den Handlungsempfehlungen 4, 6, 8 und 9 finden Sie eine ausführliche Darstellung, die die psychotherapeutische Versorgung jeweils mitdenkt.

Die digitale Datenspeicherung und -übertragung kann helfen, die Gesundheitsversorgung qualitativ zu verbessern sowie effizienter und sicherer zu gestalten. Dies trifft auch für die Speicherung und Verwendung von hochgradig sensiblen Patientendaten auf der elektronischen Gesundheitskarte zu. Voraussetzung dafür ist erstens ein effektiver Schutz vor Datenmissbrauch, zweitens ein akzeptables Kosten-Nutzen-Verhältnis sowie drittens die Wahrung der Selbstbestimmung von Versicherten bzw. von Patientinnen und Patienten. Das von SPD und Grünen bereits 2004 ab dem Jahr 2006 vorgesehene IT-Großprojekt hat sich angesichts der hierzu eingesetzten Mittel nicht nur inakzeptabel verzögert, sondern ist auch einer hinreichenden nüchternen und transparenten Analyse von Nutzen, Risiken und Kosten sowie einem vorausschauenden Vorgehen, um die Datensicherheit nicht zu gefährden und das Entscheidende bei der Verwendung von Versichertengeldern nicht aus dem Blick zu verlieren: die Verbesserung der Versorgungsqualität, schuldig geblieben.

Aus Sicht der LINKEN M-V ist der zuverlässige Schutz der personenbezogenen Daten von besonderer Bedeutung. Wir sehen in der Speicherung und Verwendung von Notfalldaten, Medikationsplan und Informationen über Diagnosen und Therapien, Chancen für die Verbesserung der Qualität der medizinischen Daten, verlangen aber zugleich die Stärkung der Rolle der Patientinnen und Patienten bei gleichzeitig höchsten Sicherheitsstandards. Dies zu gewährleisten, ist Aufgabe der beauftragten Gesellschaft für Telematik-Anwendungen unter Aufsicht des Bundesgesundheitsministeriums. Im Zuge der Kontrolle des Regierungshandelns ist hier der Deutsche Bundestag gefragt, sich des Themas stärker als bislang anzunehmen.

Gesundheitsversorgung und Krankenhäuser in den Regionen

Frage:

Aus berufspolitischer Sicht halten wir es für dringend erforderlich, Krankenhäuser flächendeckend abzusichern – Schließungen von Krankenhäusern beziehungsweise Stationen sowie z.B. Geburtsstationen zu vermeiden. Mecklenburg-Vorpommern ist ein Flächenland und vielen Bevölkerungsgruppen können lange Wege zur Gesundheitsversorgung nicht zugemutet werden, da das Netz des öffentlichen Personennahverkehrs dies auch verhindert. So sind Geburten auf der Straße nicht familienfreundlich und für Mutter und Kind gesundheitsgefährdend.

Welche Position nimmt ihre Partei zur Krankenhausversorgung in M-V sowie zu insbesondere Allgemeinmediziner:innen und Kinderärzt:innen ein?

Antwort:

Der flächendeckende Erhalt der Krankenhäuser ist eine grundsätzliche politische Absicht der LINKEN M-V. Aufgrund des Wandels des Krankheitsgeschehens, der demographischen Veränderungen der Bevölkerung sowie der medizintechnischen und medizinischen Entwicklung werden Krankenhäuser vor neuen Herausforderungen stehen und sich neu strukturieren.

Die Leistungen der Krankenhäuser werden in den Versorgungsregionen neu aufeinander abzustimmen sein. Die Häuser der Maximalversorgung werden eng verzahnt sein mit den Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung, die wiederum als Integrierte Versorgungszentren agieren. All dies soll trägerübergreifend und über Sektorengrenzen hinweg geschehen. Idealerweise soll es perspektivisch für eine Versorgungsregion ein Budget geben, dass allen Leistungserbringern für die medizinische Versorgung zur Verfügung steht.

Darin eingebettet ist die Geburtshilfe. DIE LINKE M-V hat von je her um den Bestand der Geburtshilfe an den Krankenhäusern gekämpft, sei es in Wolgast, Crivitz, Parchim oder Bergen auf Rügen. Geburtsstationen befinden sich im Spannungsfeld zwischen der sich vollziehenden Ökonomisierung des Gesundheitswesens, der demographischen Entwicklung und den Ansprüchen an eine höchstmögliche Qualität der Versorgung. DIE LINKE lehnt die Ökonomisierung des Gesundheitswesens entschieden ab. Den beiden weiteren genannten Aspekten ist auch aus unserer Sicht Rechnung zu tragen. Deshalb streben wir ein Moratorium an. Mit ihm soll erreicht werden, dass keine weitere Geburtsstation vom Netz geht und die auf Rügen und in Crivitz wiedereröffnen. Eine Expertenkommission soll, so haben wir es in der Enquetekommission zur Zukunft der medizinischen Versorgung vereinbart, binnen zwei Jahre einen Strukturvorschlag unterbreiten, wie wir eine qualitativ hochwertige Versorgung in der Geburtshilfe mit dem Anspruch auf Wohnortnähe verbinden können. Aus unserer Sicht sollte das Netz der Geburtsstationen im Land um Standorte erweitert werden, an denen mit höchstem fachlichen know how Geburtsvorbereitung und -nachbereitung betrieben werden.

Gerechte Entlohnung von Psycholog:innen und Psychotherapeut:innen

Frage:

Psycholog:innen und Psychotherapeut:innen arbeiten in Mecklenburg-Vorpommern vielfach in Kliniken und Beratungsstellen. Sie werden oft nicht am Tarifsystem des öffentlichen Dienstes orientiert bezahlt. Eine Entlohnung, angelehnt an E 13 bis E 15, den hohen wissenschaftlichen Ausbildungsstand der Psycholog:innen und Psychotherapeutinnen beachtend, ist unser Ziel. Werden Sie den BDP bei diesen Forderungen unterstützen? Welche Haltung zu diesen Berufen hat ihre Partei?

Antwort:

DIE LINKE MV unterstützt die Forderungen der BDP nach einer besseren Entlohnung. Die so wichtige und anspruchsvolle Arbeit der Psychologinnen und Psychologen muss besser entlohnt werden!

Die Bedeutung von Beratungsstellen in Mecklenburg-Vorpommern

Frage:

Im Jahr 2020 und 2021 haben sich durch die „Corona Krise“ besondere Belastungen von Familien, Kindern und Berufstätigen gezeigt. Wir halten eine stabile Beratungsmöglichkeit in Form von Erziehungs- und Familienberatungsstellen im gesamten Bundesland flächendeckend für erforderlich. Ähnliches gilt u.a. für Schuldnerberatungsstellen, Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen u.a. Auch Nottelefone für Frauen und Kinder sind ein Muss, auch ausreichende Plätze in Frauenhäusern. Welche Position nimmt ihre Partei ein?

Antwort:

Die Beratungsstellen in Mecklenburg-Vorpommern sind unverzichtbarer Teil der sozialen und gesundheitlichen Versorgung. Die Landesregierungen aus SPD und CDU haben sie über eineinhalb Jahrzehnte völlig unangemessen behandelt. Diese Bewertung schließt die gesamte Bandbreite der Rahmenbedingungen ein. Weder wurden sie hinreichend gefördert, noch gab es ein ernsthaftes Bestreben, sogenannte „weiße Flecken“ in der Beratungslandschaft zu beseitigen, noch gab es ein Interesse daran, dem tatsächlichen Beratungsbedarf zu entsprechen.

Das Vorgehen der Landesregierung, ein im politischen Raum noch nicht solide ausgewertetes Modellprojekt bereits zum 1. Januar kommenden Jahres auf das gesamte Land „ausrollen“ zu wollen, lehnen wir aus fachlichen und organisatorischen Gründen ab. Wir fordern gemeinsam mit vielen Vereinen und Verbänden sowie der kommunalen Ebene eine Verlängerung der Übergangsfrist mindestens bis zum 1. Januar 2023.

Auch müssen die Beratungsstellen, darin eingeschlossen alle in Ihrer Fragestellung aufgeführten Beratungsangebote, auskömmlich finanziert werden. Die einmalige Anhebung der landesseitigen Förderung um 23% mit dem laufenden Doppelhaushalt für die Jahre 2020/2021 ist lediglich ein Nachholen der zuvor über Jahrzehnte ausgebliebenen Anpassung der finanziellen Ausstattung. Die nunmehr geplante Dynamisierung bleibt unter der gegenwärtigen Inflationsrate, was erwarten lässt, dass sich bei Umsetzung des Vorhabens die Situation für die Beratungsstellen nicht verbessern wird.

Der Gegenentwurf der LINKEN besteht in einer grundsoliden Analyse des Beratungsbedarfs, einer angemessenen Zeit der Umstellung auf die Regelungen des Wohlfahrtsfinanzierungs- und -transparenzgesetzes sowie in einem auskömmlichen Anteil an der Förderung durch das Land. Einhergehen muss das mit einer gemeinschaftlichen „Fachkräfteoffensive“, an der sich das Land beteiligt, um dem Fachkräftebedarf nachhaltig zu entsprechen.